

## Nur gemeinsam sind wir stark

Grundtenor der Gesamtmitgliederversammlung der LINKEN des SOK war, dass in der Partei und auf allen Ebenen wieder mehr die Gemeinsamkeiten in den Vordergrund gerückt werden müssen. Der Kreisvorsitzende Thomas Hofmann betonte, dass es an der Zeit ist, dass „DIE LINKE zum politischen Handeln zurückfindet und persönliche Befindlichkeiten, Selbstdarstellungen und Richtungsstreit zurückgestellt bzw. beendet werden.“

Ca. 70 Teilnehmer waren der Einladung zur Gesamtmitgliederversammlung in den „Grünen Baum“ nach Bodelwitz gefolgt. Die Beratung hatte das Ziel, die geleistete Arbeit der LINKEN im Kreis einzuschätzen, Aufgaben festzulegen und die Partei insbesondere auf die Landratswahlen im SOK Anfang 2012 einzustimmen. Zu Beginn seiner Rede dankte Thomas Hofmann der Bewerberin der LINKEN für die Bürgermeisterwahl in Wurzbach, Carmen Wiesel. „Carmen hat mit ihrem Antreten Mut bewiesen und mit 40% der abgegebenen

Stimmen ein tolles Ergebnis erreicht sowie im Wahlkampf ganz klar für Inhalte geworben, die das Markenzeichen der LINKEN sind,“ so der Kreisvorsitzende. Als einen weiteren und ganz besonderen Erfolg bezeichnete Thomas den erfolgten Rückkauf des Pößnecker Schützenhauses durch die Stadt. „Damit ist ein wichtiger Teilerfolg gegen den Rechtsextremismus im SOK erzielt wurden. Jetzt dürfen die Hände jedoch nicht in den Schoß gelegt werden, die Auseinandersetzung mit neofaschistischen Auffassungen muß weitergehen,“ sagte Thomas Hofmann. Das erfolgreiche Wirken der LINKEN im Kreistag des SOK zeigt sich unter anderem an der Umverteilung von Mitteln für soziale Zwecke. Auf einen Antrag der LINKEN zur Haushaltberatung 2011/12 geht die Erhöhung der Zuschüsse für schwangere Hartz IV- Bezieherinnen sowie die Verbesserung der Finanzausstattung



# DIE LINKE.

S A A L E - O R L A - K R E I S

S  
O  
K  
K  
E



*für Links-/  
Querdenker*

Juli 2011 18. Jahrgang

der Schuldner- und Suchtberatungsstellen im SOK zurück. Mit Blick auf die 2012 stattfindende Landratswahl formulierte Thomas Hofmann erneut den Anspruch der LINKEN, mit einer/ einem eigenen BewerberIn im SOK antreten zu wollen. „Der Partei, den Mitgliedern und Wählern ist eine nochmalige Unterstützung des SPD- Amtsinhabers nicht vermittelbar und zumutbar,“ erklärte der Kreisvorsitzende. Eine eigenständige Kandidatur des Bewerbers der LINKEN stellt hohe Anforderungen an die gesamte Partei im Kreis. Thomas Hofmann verwies dar-

Landesparteitag

Volksbegehren

Auslandseinsätze beenden

auf, dass DIE LINKE sich jetzt den „Mühen der politischen Ebene“ stellen muß und sie auf Dauer nur erfolgreich wirken kann, wenn das Auftreten der Partei und ihrer Mitglieder von einem hohen Maß an Gemeinsamkeit geprägt ist. Wer Solidarität in der Gesellschaft einfordert muß sie in der Partei selbst leben, so ein Fazit des Kreisparteitages in Bodelwitz.

Zitiertes aus der Diskussion:

**Carmen Wiesel (Weitisberga)** – Eine Erfahrung des Bürgermeisterwahlkampfes in Wurzbach ist es, dass DIE LINKE mit ihren Inhalten auf die Bürger zugehen muß. Eine Gemeindegebietsreform sollte rechtzeitig angepackt werden, damit gleichberechtigte Partner noch eigenständige Entscheidungsspielräume haben.

**Evelin Schöpe (Bad Lobenstein)** – Von der LINKEN müssen realistische Alternativen für die aktuellen Probleme der Menschen ausgehen. Linke Politik ist durchaus auch Politik für den Mittelstand.

**Dr. Dieter Rebelein (Neustadt/Orla)** – Mit dem Verein zur Förderung der sozialen Arbeit haben die Mitglieder der LINKEN- Kreisfraktion Projekte im Sozial- und Jugendbereich finanziell unterstützt. In der kommunalpolitischen Arbeit muß DIE LINKE noch stärker die Beschlußumsetzung kontrollieren.



**Charlotte Förster (Pößneck)** – Jede politische Aktion der Partei muß auch finanziell unteretzt sein. Der Brief an die Mitglieder mit der Bitte um Beitragserhöhung hat zu positiven Ergebnissen geführt.

**Philipp Gliesing (Jena)** – Dass das Schützenhaus wieder im Besitz der Stadt Pößneck ist, ist ein Erfolg des antifaschistischen Engagements vieler. Nun muß eine breite Diskussion zur Nutzung und Betreuung geführt werden. Dabei müssen Initiativen und die Meinungen der Bürger einbezogen werden.

**Ingrid Wehrhahn (Schleiz)** – Die Senioren-AG der LINKEN versucht im SOK auch auf Menschen außerhalb der Partei zuzugehen. Große Resonanz finden die zur Zeit von der AG organisierten Krafffahrerschulungen.

**Jürgen Fleischmann (Schleiz)** – Die Personaldebatten in der Partei müssen schnellsten beendet werden. Wir sind nicht in der LINKEN, um Karriere sondern, um Politik für die Menschen zu machen.

**Prof. Dr. Max Schmidt (Peuschen)** – Die Bundeswehrreform führt dazu, dass die militärische „Effizienz“ der Bundeswehr erhöht wird und sie noch stärker auf Auslandseinsätze ausgerichtet ist. DIE LINKE lehnt eine Berufsarmee ab und fordert als einen ersten Schritt die „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“ der Bundeswehr.

**Barbara Hofmann (Lausnitz)** – Unterschiedliche Auffassungen müssen in der LINKEN sachlich

ausdiskutiert werden. Wir brauchen wieder mehr Toleranz und Miteinander. Unsere Geschäftsstelle und Wahlkreisbüros müssen Beratungs- und Anlaufstellen für sozial Benachteiligte sein.

**Michael Franke (Krölpa)** – Statt Fundamentalopposition braucht DIE LINKE die Diskussion realisierbarer Konzepte. Mich bewegt die Frage, wie gelingt es der Partei, Menschen für unsere Inhalte aufzuschließen und sie zum Engagement zu bewegen.

**Ralf Kalich (Blankenstein)** – LINKE Kommunalpolitik muß Politik mit dem Gesicht zum Bürger sein. Bei allen finanziellen Problemen der Kommune ist es mir, als Bürgermeister von Blankenstein gelungen, die Neufassung des Thüringer Kita- Gesetzes bei uns umzusetzen.

**Sandro Witt (DGB Ostthüringen)** – DIE LINKE sollte noch stärker gemeinsam mit den Gewerkschaften für soziale Gerechtigkeit und Stärkung der Arbeitnehmerrechte eintreten.

**Hannelore Fleischmann (Schleiz)** – Die Mitglieder der LINKEN haben die Aufgabe alle sozial Bedürftigen auf die Möglichkeiten zur Antragstellung für das Bildungs- und Teilhabepaket aufmerksam zu machen.

### Landesparteitag in Sömmerda

Am 28. Mai 2011 fand in Sömmerda die 3. Tagung des 2. Landesparteitages statt, unter dem Motto „Die Zukunft gestalten. Gerecht, demokratisch, sozial und ökologisch“, die uns neue Impulse für unsere Parteiarbeit gab. Nach der Begrüßung durch den Kreisvorsitzenden des KV Sömmerda Ralf Haubold, stimmte uns ein kleines Programm der Jugendgruppe des Bürgerzentrums Sömmerda auf die Tagung ein. Knut Korschewsky sagte am Anfang seiner Rede, die sich dabei auf das zukunftsweisende Motto bezog. „Seit dem verheerenden Erdbeben in Japan und dem davon ausgelösten Tsunami, ist nichts mehr auf der Welt, wie es war. Es muss eine Energie- wende her. Ein schneller vernünftiger Atomausstieg“. Am gleichen Tag fanden 20 Atomdemos in Deutschland statt, darunter auch eine in Erfurt wo 1000 Menschen demonstrierten. Knut stellte fest, dass es Schnittstellen mit der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen gibt, die eine andere Politik in Thüringen ermöglichen würden. Die Politik der LINKEN muss aus einem Guss kommen. Es genügt nicht, Veränderungen zu mahnen es müssen Lösungsvorschläge aufgezeigt werden, die finanzierbar sind. Wir brauchen die Wirtschaft für eine menschliche Gesellschaft. Wenn wir wollen, dass wir von den kleinen und mittelständigen Unternehmen wahr genommen werden, muss unser politisches Konzept den Test bestehen, das heißt, Lösungen, die sich verwirklichen las-

sen. Wir wollen mehr Steuergerechtigkeit für Alle, auch für den Mittelstand. Sozialismus ist die moderne Form Vertrauen der Menschen zu gewinnen. In der Politik muss der Mensch im Mittelpunkt stehen. Nur mit der LINKEN wird es eine Änderung in der BRD und in Thüringen geben. Ein weiterer Höhepunkt der Tagung war die Rede von Oskar Lafontaine. Er zeigte auf, das nichts erfolgreicher ist als der Erfolg, aber der Weg dahin ist steinig und schwer. Wir brauchen eine Strategie und eine Taktik. Der Wähler muss wissen, warum er ausgerechnet in diese Tüte greift. LINKE hinterlassen bei den Arbeitern sehr viele Fremdwörter. Wir müssen lernen, dass, was wir wollen, so auszudrücken, dass es Jeder versteht. Ehrliche Arbeit muß ins richtige Licht gestellt werden. Es muss eine Neuordnung der Finanzwelt geben, sonst ist eine weitere Finanz- krise nicht abzuwenden. Hauptaufgabe ist die Befreiung von der Diktatur der Finanzmärkte. Lohnentwicklung heißt Stabilisierung des Euro- systems. Wer den Nutzen hat, muss auch den Schaden haben. In der Finanzwelt ist das nicht so. Lobbyismus muss zurückgedrängt werden. Das heißt, umfangreiche Spenden an die Parteien zu verbieten. Wir brauchen einen Sozialstaat. Den Menschen muß die Angst vor Erwerbsunfähigkeit genommen werden. Erwerbsfähigkeit ist das wichtigste Eigentum der kleinen Leute. Es kann nicht angehen, wenn Einer über 30 Jahre gearbeitet hat, nur für ein Jahr Arbeitslosengeld bekommt. Wir fordern Rentengerechtigkeit. Ein

Wirtschaftssystem, das auf Gewinn aus ist, kann nie ökologisch sein. Wir wollen eine Gesellschaft, wo wir arbeiten und reich dabei werden. Beim Umweltschutz muss der Landschaftsschutz im Vordergrund stehen. Zur Außenpolitik betonte Oskar, dass DIE LINKE gegen Krieg ist. Hohe Achtung hatte er für die Entscheidung von Au-



ßenminister Westerwelle, sich in Libyen nicht militärisch zu beteiligen. Als Abschluss sagte Oskar: „Wenn man Wählerinnen und Wähler gewinnen möchte, braucht man ein Programm; man muss das Programm kennen und dann braucht man eine Führung und der muss man vertrauen.

Der Leitantrag zum Parteitag wurde angenommen. Am Rande des Parteitages fand zum ers-

### **Gesicht zeigen mit der Forderung: Abschalten jetzt!**

Wie viele AKWs gehen vom Netz? Wann ist Schluss mit der Atomkraft? Darüber müssen die 331 MdBs von Union und FDP in Bälde beschließen. Entscheidungshilfe können ihnen die Menschen in ihren Wahlkreisen geben, denn von deren Stimmung sind Abgeordnete besonders abhängig.

Deshalb organisierten Atomkraftgegner am 16. Mai eine öffentliche Aktion vor dem Büro der Bundestagsabgeordneten Karola Stauche (CDU) in Pößneck und eine Diskussion in Triptis, wo anschließend das Foto mit der deutlichen Aussage entstand.

Heidrun Sedlacik, MdL

ten Mal ein Frauenplenum statt. Es beschäftigte sich mit dem Antrag von Stanislav Sedlacik zur Änderung der Landessatzung § 16. Damit soll geregelt werden, dass der Landesvorstand aus zwei Parteivorsitzenden unter der Berücksichtigung der Mindestquotierung bestehen soll. Das Frauenplenum hat sich beraten und sprach die Empfehlung aus, den Antrag abzulehnen. Es reicht ein Vorsitzender und wir haben genug Frauen, die Frau genug sind als Vorsitzende zu kandidieren. Der Landesparteitag lehnte den Antrag ab. Der Landesparteitag sprach die Erwartung aus, dass bei der nächsten Wahl des Landesvorstandes entweder die/der Vorsitzende oder eine/r der StellvertreterInnen nicht Mitglied der Landtagsfraktion ist. Es wurde vom Landesparteitag ein Initiativantrag angenommen: „Auch in der Thüringer LINKEN ist kein Platz für Antisemitismus.“ Es gehört zum Bestand der linke Grund-

position, gegen jede Form von Antisemitismus in der Gesellschaft vor zu gehen. Rechts- extremismus und Antisemitismus haben in unserer Partei heute nicht und niemals Platz.

Evelin und Detlef Schöpe, Delegierte



## Stadtrat Peter Alker über Triptis:

Der Industriestandort Triptis hat noch etwa 3700 Einwohner mit einem hohen Altersdurchschnitt. Bedingt durch das niedrige Lohnniveau der ansässigen Firmen wird die Einwohnerzahl weiter sinken.

Den Unternehmern sei angeraten, dass man bei Nutzung der Vorzüge des Standortes Triptis und der großen Unterstützung der Kommune, deren berufstätige Bevölkerung auch so entlohnen muss, dass sie davon vernünftig leben kann.

Von 17 stimmberechtigten Stadtratsmitgliedern gehören 9 (einschließlich Bürgermeister) der Fraktion „Freie Wählergemeinschaft“ an. Die restlichen 8 Sitze werden von CDU(3), DIE LINKE (2), Feuerwehr(2) und SPD(1) eingenommen.

Diese Mehrheitsverhältnisse sind nicht dazu angetan, Beschlussvorschläge unserer Linkspartei durchzusetzen, auch wenn wir dies' immer wieder versuchen!

Bezeichnend für „Demokratieverständnis“ und „Bürgernähe“ des Triptiser Stadtrates war die mehrheitliche Ablehnung unseres Antrages, den Einwohnern der Stadt im Anschluss an den öffentlichen Teil der Stadtratssitzungen offiziell die Möglichkeit einzuräumen, Anfragen zu stellen. In allen umliegenden Kommunen ist dies' seit Jahren gängige Praxis. Die in Triptis erfolgte Ablehnung muss den Wählern suspekt erscheinen und ist nicht dazu angeraten, mehr Transparenz und damit Vertrauen zu schaffen.

Auch unsere Initiative zur Bildung eines Seniorenbeirates wurde im Stadtrat mehrheitlich abgelehnt. Wie aus Sinn Unsinn werden kann, brachte in dem Zusammenhang OTZ-Redakteurin S. Hoffmann auf den Punkt, indem sie in in einem Kommentar dazu feststellte, dass es „Kinder und Jugendliche sind, die wirklich eines Beirates bedürfen.“

U.a. gegen den Willen des Unterzeichners, der selbst Opfer der Stasibesitzung war, wurde auf Antrag der Freien Wählergemeinschaft erneut eine Überprüfung der Stadtratsmitglieder auf Mitarbeit in den betreffenden Organen auf den Weg gebracht. 20 Jahre nach dem Inkrafttreten des Einigungsvertrages habe ich diesen Schritt öffentlich als „rückwärtsgewandten Aktionismus“ bezeichnet. Trotz fehlender echter Alternativen war es mir nicht möglich, der vorliegenden Haushaltssatzung zuzustimmen, weil vor allem die Anhebung des Hebesatzes für die Grundsteuer B um 89% auch wieder die sozial Schwächsten über die Wohnnebenkosten gleichermaßen belastet, was nicht den Prinzipien unserer linken Politik entspricht.

Peter Alker, Mitglied des Stadtrates Triptis

## Beim Benefizlauf für Kinderhospiz 60 Euro gespendet



In Neustadt/Orla gibt es jetzt eine neue Tartanbahn und die wurde durch eine spektakuläre Aktion eingeweiht. Im dortigen Gothestadion drehten ca. 500 Kinder und weitere Sportfreunde eine Stunde lang ihre Bahnen, die je mit 50 Cent gesponsert wurden.

Meine Mitarbeiterin Barbara Hofmann reizte das besonders. Als ehemalige Sportlehrerin und Rennsteigläuferin 2011 lies sie es sich nicht nehmen, für das Kinderhospiz Mitteldeutschland selbst 15 Runden zu drehen. Dafür ein herzliches Dankeschön ! Dieses tolle Stadion werden nun die Neustädter Schulen mit rund 900 Schülern sowie der TSV Germania 1887 und rund 100 Leichtathleten für ihre sportlichen Leistungen nutzen. Insgesamt wurden von den aktiven Teilnehmern 5319 Euro erlaufen, was die Erwartungen der Organisatoren weit übertraf.

Heidrun Sedlacik, MdL

## Thälmann-Ehrung in Pößneck

Die zirka 40 Teilnehmer im Pößnecker Ehrenhain haben nicht die „Ikone Thälmann“ aus SED-Zeiten verehrt, sondern sein Verdienst als Kämpfer und Arbeiterführer hunderttausender Proletarier gegen Militarismus, Faschismus und Krieg. In diesem Kampf sei er ihr Vorbild und sie wollen Thälmann auf keinem Fall den Antikommunisten noch stalinistischen Apologeten überlassen, wie treffend Philip Gliesing von der Jugendgruppe re[d] solution sagte. Nach dem für Thälmann, Liebknecht und Luxemburg Blumen niedergelegt wurden folgte ein selbst gestaltetes kurzes Kulturprogramm. Zum Abschluss gab es einen Aufruf zur Teilnahme an der diesjährigen 1. Mai- Demonstration in Pößneck, als richtige Schlussfolgerung der Teilnehmer, zur konsequenten Fortsetzung von Thälmanns Wirken.



Heidrun Sedlacik,

## DIE LINKE im Landtag unterstützt

das am 25.06. 2011 gestartete Volksbegehren zu den Kommunalabgaben in Thüringen. Bodo Ramelow erklärt, dass in allen Wahlkreisbüros Unterschriftsbögen abgeholt und anschließend wieder abgegeben werden können.

Auch das Linksaktiv im SOK wird sich aktiv einbringen, so starteten wir am Montag auf dem Markt in Triptis unsere Sammlung, während meiner Bürgersprechstunde.

Heidrun Sedlacik, MdL

Weitere aktuelle Informationen unter [www.volksbegehren-kommunalabgaben.de](http://www.volksbegehren-kommunalabgaben.de).



## Ramelow ist einer der Erstunterzeichner des gestarteten Volksbegehrens

„Aus voller Überzeugung, dass die Beiträge für Abwasser und Straßen in Thüringen endlich abgeschafft gehören, habe ich zum Start das ‚Volksbegehren für gerechte und bezahlbare Kommunalabgaben‘ unterschrieben“, erklärt der Vorsitzende der Landtagsfraktion DIE LINKE, Bodo Ramelow.

Der Fraktionschef der LINKEN hält die jüngsten Vorhaben der Landesregierung, die Finanzierung der 2005 abgeschafften Wasserbeiträge und Erleichterungen bei den Abwasserbeiträgen auslaufen zu lassen, für ein deutliches Signal, dass die Bürgerinnen und Bürger auch weiterhin für sozial gerechte Kommunalabgaben streiten müssten. Sollte sich der Finanzminister durchsetzen, drohen erhebliche Kostensteigerungen bei den Bürgerinnen und Bürgern. „Im Grunde muss aufgepasst werden, dass der richtige Einstieg in ein bürgerfreundliches Kommunalabgabenrecht nicht wieder rückgängig gemacht wird. Die Frage zur Wiedereinführung der Wasserbeiträge stellt sich für uns nicht!“, bekräftigt abschließend Bodo Ramelow.

## Fiesta de Solidaridad

Jedes Jahr im Juli verwandelt sich die Lichtenberger Parkaue in Berlin für einen Tag in ein kleines Kuba - die AG Cuba Sí feiert ihre traditionelle "Fiesta de Solidaridad". In diesem Jahr steht die Veranstaltung unter einem ganz besonderen Motto: "20 Jahre Cuba sí - 20 Jahre gelebte Solidarität".



Auch diesmal erwarten wir interessante Gäste von der Insel: Maria Elena Salar und Dilcia García aus Havanna sind langjährige Wegbegleiterinnen unserer kubanischen Partnerorganisation ACPA (Kubanische Vereinigung für Tierproduktion). Sie werden Neuigkeiten aus Kuba mitbringen und uns Rede und Antwort stehen, wie sich die Cuba sí-Milchprojekte entwickelt haben.

Wer denkt, Cuba sí gäbe es nur in Berlin, liegt falsch - in ganz Deutschland haben sich Kubafreundinnen und -freunde gefunden, die Kubas sozialistischen Weg mit ihren Ideen und ihrer Energie unterstützen. Vertreterinnen und Vertreter aus den Cuba sí-Regionalgruppen berichten aus erster Hand von ihren Aktionen und erzählen, wie Cuba sí ihr Leben verändert hat.

Wie in jedem Jahr gibt es auch wieder ein großes Kinderfest für die kleinen Besucher - Clown Pepino sorgt für Stimmung ebenso wie der Trommelkurs mit Pichy, die Hüpfburg und das Kinderschminken. Für die Erwachsenen ist auch etwas dabei: leckeres kubanisches Essen und erfrischende Mojitos. Bei der Solidaritätstombola kann man mit etwas Glück ein Flugticket nach Havanna gewinnen. Abgerundet wird die große Kubaparty natürlich von karibischen und lateinamerikanischen Rhythmen - "Proyecto Son Batey" aus Kuba lässt die Hüften kreisen, Lautaro aus Chile beeindruckt mit seiner Gänsehautstimme, "SilentTone" sowie "Lucry & Niqo" aus Berlin sorgen für frischen Flow aus der Hauptstadt. Höhepunkt des Abends wird aber das zweistündige Konzert der Überfliegertruppe Buena Fe aus Kuba sein - Buena Fe, die Superstars aus Guantánamo live bei der Fiesta de Solidaridad!

Wir sehen uns am Sonnabend, 23. Juli, ab 14:00 Uhr in der Parkaue in Berlin-Lichtenberg! Eintritt frei! (S+U Frankfurter Allee, Nähe Rathaus Lichtenberg)

## „Streitkräfte halbieren, defensiv ausrichten, Auslandseinsätze beenden“

Unter dieser Thematik hat die Bundestagsfraktion der LINKEN nach langer Debatte am 24. Mai 2011 einen Grundsatzbeschluss gefasst: Fast zeitgleich hat der Parteivorstand Ende Mai eine Neufassung des Entwurfes eines neuen Grundsatzprogramms der Linken in Vorbereitung des Antrages an den Programmparteitag im Oktober 2011 vorgelegt. Er enthält auch eine Neufassung des Abschnittes „Wie schaffen wir Frieden? Abrüstung, kollektive Sicherheit und gemeinsame Entwicklung“ Beide geben Antwort zur Position der LINKEN zu wesentlichen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik. Gestützt auf beide Dokumente möchte ich auf einige der damit verbundenen Fragen sowie einige aktuelle Probleme der Friedens- und Sicherheitspolitik, insbesondere auch zur Bundeswehr, eingehen.

Die neue Fassung des Entwurfs — und das halte ich angesichts der vorherrschenden Politik des militärischen Denkens und Handelns für sehr bedeutsam — macht noch klarer:

- DIE LINKE ist eine internationalistische Friedenspartei. Sie ist für Gewaltfreiheit im Inneren von Gesellschaften wie zwischen Staaten.

- Daraus leitet sich ihr Engagement gegen Krieg, Völkerrechtsbruch, Menschenrechtsverletzungen und militärisches Denken und Handeln im Umgang mit Konflikten ab.
- Neben Kritik und Widerstand gegen Gewaltakteure und — strukturen leistet die Linke Aufklärung über die tieferen Zusammenhänge von Krieg, Gewalt und Konflikten.
- Sie ist Teil der Friedensbewegungen und ringt mit ihnen und allen friedensbewegten Partnern um Wege zu struktureller Gewaltprävention und für die friedliche Austragung von Konflikten (von denen unsere Welt leider noch nicht frei ist)
- Im Unterschied zu den anderen Parteien hält DIE LINKE eine Welt für möglich, in der Konflikte friedlich und mit zivilen Mitteln ausgetragen werden. Unser Leitbild ist die Idee des gerechten Friedens, der mehr ist als die Abwesenheit von Krieg und Gewalt, weil er auf ökonomischen und sozialen Bedingungen für dauerhafte friedliche Entwicklung aufbaut. Ausgehend von dieser prinzipiellen Orientierung möchte ich auf einige Fragen näher eingehen, die auch z.T. noch in der Diskussion sind.

1. Die Analyse der internationalen Lage zeigt, dass die größten Herausforderungen für den Frieden und die weltweite Sicherheit gegenwärtig und auch zukünftig nichtmilitärischer Natur sind (fehlende Verteilungsgerechtigkeit; Hunger und Armut, die Folgen des Klimawandels; Energie- und Ressourcenknappheit). Auch Terrornetzwerken, Folgen gescheiterter Staaten, Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen können — wie sich in Nahost, auf dem Balkan, im Irak und Afghanistan gezeigt hat — mit militärischen Mitteln nicht nachhaltig begegnet werden. Diesen Problemen muss mit zivilen Instrumenten, Diplomatie, Stärkung des Völkerrechtes, globaler Zusammenarbeit für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung, Abrüstung und Stopp von Rüstungsexporten begegnet werden.

2. Daraus leitet sich auch die Haltung der LINKEN zur Bundeswehr und der sogenannten Strukturreform der Streitkräfte ab, wie sie im genannten Beschluss der Fraktion enthalten ist. Sie lässt sich etwa folgendermaßen zusammenfassen:

- DIE LINKE lehnt diese von der Bundesregierung auf den Weg gebrachte Strukturreform ab.
- Der Verteidigungsminister de Maiziere will die Bundeswehr schlanker und zugleich schlagkräftiger machen durch eine Reduzierung von etwa 225 000 auf etwa 175000 Mann, durch die Schrumpfung der zivilen Mitarbeiter und die Aussetzung der Wehrpflicht. Ob dies zu einer Einsparung führt, wie vorgegeben wird, ist völlige Illusion. Die Mehrzahl der großen Rüstungsaufträge bleibt bestehen
- Diese „Reform“ soll vielmehr den weiteren Ausbau der Bundeswehr zu einer noch effektiveren globalen Einsatzarmee vorantreiben. Aussagekräftig dazu ist ein Interview des Verteidigungsministers de Maiziere in der FAZ vom 27. Mai 2011: Die Kernsätze wörtlich: " Es ist damit zu rechnen, dass Deutschland um Einsätze in Staaten wie Pakistan, dem Jemen, Somalia oder Sudan gebeten wird". Also von den USA und der NATO als kommandierende Bittsteller! Und geradezu zynisch: „ Die Erfahrungen in Afghanistan sind kein Grund, solche Einsätze auszuschließen" Zwei größere und zwei kleine Einsätze müsse die Bundeswehr zur selben Zeit und überall in der Welt bewältigen können. Kaum deutlicher ist auszudrücken, dass die Streitkräfte für die Regierung Mittel der Politik sind.

3. Was stellt DIE LINKE dagegen? Welche Alternative wollen wir?

- DIE LINKE will eine Umkehr von Aufrüstung, militärischen Auslandseinsätzen und NATO-Unterordnung zu einer friedlichen Außen- und Sicherheitspolitik, die sich strikt an das Gewaltverbot der UN-Charta hält. Stichworte sind Abrüstung, Rüstungskontrolle, striktes Verbot von Rüstungsexporten (nicht nur in Krisengebiete) und ein Umbau der Streitkräfte auf der Basis strikter Defensivpotentiale, also zur strukturellen Nichtangriffsfähigkeit.

Dieser Begriff ist neu in einem linken Programm! Was heißt strukturelle Nichtangriffsfähigkeit? Es gibt dazu eine lange Diskussion unter Linken und Gleichgesinnten, wie Egon Bahr und sein damaliges Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik in Hamburg. Auch in der Endphase der DDR haben Friedensforscher an einem solchen Konzept gearbeitet. Unter den heutigen Bedingungen müssen Bestandteile struktureller Angriffsunfähigkeit vor allem sein:

- Eine Struktur der Streitkräfte und ihrer Führung, die auf Verteidigung ausgerichtet ist und weder Kapazitäten noch Planungen und Führungseinrichtungen für offensive Ziele verfügt
- Das Ausscheiden aus solchen NATO- kommandierten Institutionen wie Response Force, European Battle- Group und Rapid Reaction Force
- Verzicht auf Waffen- und Gerätesysteme wie EURO-Fighter, Fregatten, Langstreckenflugzeuge, MEADS- Flugabwehr-Raketen-System u.a., die für Angriffsfähigkeit stehen und auch so genutzt werden oder genutzt werden sollen.
- Es geht um die Rückführung auf den Auftrag und das Recht zur Landes- und Bündnisverteidigung.
- Es geht um die Rückkehr zu einer Politik der Zurückhaltung, wie sie das Grundgesetz prägt und die alte Bundesrepublik in den militärischen Dingen lange Jahre einhielt.

Es ist für uns zugleich ein unerlässliches Prinzip gegen jegliche Pläne für einen Einsatz der Bundeswehr im Inneren mit aller Entschiedenheit Widerstand zu leisten. Pläne, wie sie jetzt der neue und superscharfe Innenminister Friedrich erneut aufs Tapet bringt und damit die Vorstöße seiner Vorgänger de Maiziere und Schäuble fortsetzt.

4. Für die Bundeswehr stellt das Grundgesetz als Aufgabe die Landesverteidigung.. Das Recht auf Landesverteidigung steht im Einklang mit der UN-Charta, Art.51 (jeder Staat hat das Recht zur Selbstverteidigung), so heißt es in dem oben genannten Beschluss der Bundestagsfraktion der LINKEN. DIE LINKE bekennt sich damit zur Landesverteidigung.

Deutschland hat sich zudem verpflichtet, dieses Recht als Bündnisverteidigung wahrzunehmen. Der geltende Artikel 5 der Atlantikcharta ist dabei eindeutig defensiv als territorial gebundene Verteidigung im Rahmen des Territoriums der Nordatlantischen Allianz ausgelegt und überlässt es jedem Mitgliedsstaat in welcher Form er einem anderen Mitgliedstaat beisteht.

Es bestehen keine völkerrechtlichen Verpflichtungen Deutschlands, Streitkräfte für andere Zwecke außer der territorialen Verteidigung zu unterhalten und einzusetzen. Für DIE LINKE ist das Recht auf Landesverteidigung, das den Einsatz der Bundeswehr als Instrument „außenpolitischer Gestaltung“, also als Machtmittel ausschließt, der Ausgangspunkt für den politischen Auftrag der Bundeswehr. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger verbinden immer noch die Souveränität unseres Landes mit der Existenz von Streitkräften. Eine ausführliche und öffentliche Debatte über Friedenspolitik, so wird angeregt, ist für die Bundesrepublik daher unumgänglich.

5. Die Sicherheitslage Deutschlands - eine unmittelbare Bedrohung Deutschlands mit konventionellen militärischen Mitteln ist unverändert unwahrscheinlich lt. verteidigungspolitischen Richtlinien von 2011- erlaubt einen viel größeren Handlungsspielraum für die drastische Reduzierung der Bundeswehr. DIE LINKE schlägt eine Halbierung auf 125 000 innerhalb der nächsten 10 Jahre vor. Dies ist mit entsprechenden Konversionsprogrammen für die Soldatinnen und Soldaten und die Liegenschaften zu verbinden. Auch Landesverteidigung kostet Geld. Trotzdem erlauben die vorgeschlagenen Änderungen einen größeren Spielraum zur Reduzierung der Rüstungsausgaben. Die LINKE schlägt eine Reduzierung der Militär- und Rüstungsausgaben um 50% in 10 Jahren vor (Wegfall Wehrpflicht 1Mrd Euro pro Jahr: keine Beteiligung an Auslandseinsätzen gleich etwa 1 Mrd. Euro pro Jahr; Verzicht auf Beschaffungsprogramme für Auslandseinsätze, z.B. Eurofighter, insgesamt

über 15 Mrd. Euro).

6. Hinsichtlich der Wehrpflicht ist die jetzt beschlossene Strukturreform der Bundeswehr mit ihrer Aussetzung der Wehrpflicht mehr als halbherzig. Schon jetzt wird nur noch ein Bruchteil der männlichen Jugendlichen zum Wehrdienst eingezogen. Die Aufhebung ist schon aus Gerechtigkeitsgründen überfällig. Sicherheitspolitisch ist sie nicht mehr zu begründen (siehe Einschätzung der Sicherheitslage durch die Bundesregierung selbst, wie oben zitiert). Als Zwangsdienst muss die Wehrpflicht als Eingriff in die Grundrechte aufgehoben werden. Nun gibt es Bedenken gegen eine reine Berufsarmee.

Aus linker Sicht sollte die künftige Bundeswehr nach dem Vorschlag des genannten Beschlusses der Linksfraktion daher vorwiegend aus „Soldatinnen und Soldaten auf Zeit“, deren Dienstzeit zwischen 2 und 12 Jahren besteht. Nötig ist Transparenz zwischen Gesellschaft und Streitkräften ( nicht in Kasernen einschließen, aber auch keine Sonderechte - Rituale, Schulzugang etc.)

Dringend sind die Stärkung der parlamentarischen Kontrollrechte sowie die öffentliche Transparenz

7. Die LINKE lehnt das Vermischen von zivilen und militärischen Maßnahmen ab, womit der Widerstand gegen das Militärische eingedämmt werden soll. Der Programmentwurf enthält dazu einen interessanten Vorschlag: Sie fordert die Etablierung eines zivilen Katastrophenschutzes mit eigenen zivilen Kapazitäten unter dem Dach der UN, für den die Bundesrepublik ausreichende international verfügbare Kapazitäten vorhält. Das ging auf einen Vorschlag von Lafontaine über das Potential von Grünhelmen zurück.

Es sind aus meiner Sicht noch zwei wichtige Punkte aus der jetzt vorliegenden Fassung des Programmentwurfes zu erwähnen.

I. Die Neufassung des Programmentwurfs enthält einen m.E. sehr wichtigen Passus über die Haltung der Linken zum Völkerrecht und den Vereinten Nationen. Es ist zugleich eine Klarstellung gegenüber manchen skeptischen Meinungen zur UN, die es bei manchen Linken gibt, wenn der Programmentwurf feststellt: „Die LINKE erachtet das Völkerrecht und die Vereinten Nationen als wichtigste Institution für die friedliche Verständigung zwischen den Staaten und Gesellschaften der Erde“. Globale Herausforderungen sind nur friedlich, im Dialog und multilateral auf der Basis eines sich im Konsens entwickelnden Rechtes. anzugehen, um Armut, Klimawandel, Ernährung, Wasserversorgung, Unterentwicklung, Energiesicherheit, fairen Handel zu einer Lösung zu bringen. Es geht darum, die UN auf ihre eigene Charta zurückbringen. Dabei bleibt die Sicherung des Weltfriedens die zentrale Aufgabe der VN. Dies bedeutet Belebung der Bemühungen zur Prävention, zu friedlicher Streitbeilegung, zu nachhaltigen zivilen Konfliktlösungen. Gelten muss der Grundsatz des Gewaltverzichtes.

- Die LINKE tritt deshalb für eine längst überfällige Reform ein, für größere ökonomische Rechte, für höhere Effektivität der UNO-Organisationen, für eine bessere Legitimation des Sicherheitsrates, vor allem durch die stärkere Repräsentanz lateinamerikanischer und afrikanischer Staaten. Sie fordert größere Rechte der Generalversammlung und eine aktive Rolle der Regionalorganisationen (z.B. OSZE).

II. „Wir fordern die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands“ heißt es im Programmentwurf. Sie macht deutlich, dass es sich um einen Prozess handeln wird. Jedoch gibt es auch Kritik an dieser Orientierung. So wird sofortiger Austritt aus der NATO gefordert, da eine Auflösung schwieriger sei (USA und Mitgliedsländer der NATO, einschließlich der neuen in Osteuropa). Von anderen werden kleine Schritte zur Überwindung der NATO gefordert.

(Beschränkung auf ursprünglichen Verteidigungsauftrag, keine weitere Ausdehnung etc.). Meine Meinung ist, dies als Programmpunkt im Wesentlichen so lassen, denn die Formulierung macht klar, was wir wollen und anstreben. Deshalb ist im jetzt vorliegenden Entwurf folgender Satz eingefügt worden: „Unbeschadet einer Entscheidung über den Verbleib Deutschlands in der NATO wird DIE LINKE in jeder politischen Konstellation dafür eintreten, dass Deutschland aus den militärischen Strukturen des Militärbündnisses austritt und die Bundeswehr dem Oberkommando der NATO entzogen wird.“

Dies ist m.E. ein sehr wesentlicher Punkt, der neu im Programmentwurf enthalten ist und den Prozesscharakter unserer Forderung noch deutlicher macht. Vor den sehr schwierigen Austritt aus dem politischen Bündnis wird als vordringlich der Austritt aus den militärischen Strukturen und der Entzug der Bundeswehr aus der Unterordnung unter den Oberbefehl der NATO gefordert. Es gibt ein historisches Beispiel für einen solchen Schritt: Unter General de Gaulle trat Frankreich aus den militärischen Strukturen der Nato aus. Jahre später ist es unter anderen politischen Konstellationen wieder beigetreten. Ein solcher Schritt ist also möglich, wenn der politische Wille dazu besteht.

Es wäre sicher gut, von unserem Programm ausgehend, weitere Diskussionen mit Friedensforschern und anderen Kräften zu führen, denen die absolute NATO-Orientierung und Unterordnung gegen den Strich geht. Es kann und wird für uns nicht darum gehen, etwa wie die Grünen, unsere Grundsätze aufzugeben, um ein paar Posten zu ergattern. Aber aus meiner Sicht müssen wir uns schon Gedanken machen, wie wir mit einem Programm friedlicher, ziviler Außenpolitik, das konkreter zu erarbeiten ist, zeigen können, dass unsere Vorschläge und Forderungen im Interesse einer friedlicheren Außenpolitik der Bundesrepublik sind.

Professor Dr. Max Schmidt, Mitglied des Kreisvorstandes des SOK

Ergänzung des Artikels von Seite 6

### **Neues Volksbegehren „Für sozial gerechte Kommunalabgaben“**

Der Start dieses Volksbegehrens erfolgte am 25.6.2011 – als würdiger Anlass galt ‚Der Tag der offenen Tür im Thüringer Landtag‘ - und bereits an diesem Tag konnten 500 Unterschriften gesammelt werden.

Die Ziele des Volksbegehrens sind es,

1. im Abwasserbereich die bisher mögliche Finanzierung von Investitionen über Abwasserbeiträge gesetzlich abzuschaffen. Dieses Finanzmodell funktioniert im Trinkwasserbereich seit 2005; alle Investitionen erfolgen hier über Gebühren. Nach Meinung der von uns unterstützten Bürgerinitiativen ist eine Gebührenfinanzierung gerechter, denn sie misst sich daran, wie die Trinkwasser- bzw. Abwassereinrichtungen in Anspruch genommen werden.
2. die gesetzliche Abschaffung der Straßenausbaubeträge zu erreichen. Durch das Volksbegehren soll es den Kommunen möglich sein, eine Option für die Erhebung einer Infrastrukturabgabe zu besitzen. Die Infrastrukturabgabe ist eine aufwandsbezogene Abgabe, die von allen Grundstückseigentümern erhoben würde und wäre umlagefähig auf die Betriebskosten.

Zum Ablauf des Volksbegehrens: Zunächst müssen für den Zulassungsantrag 5000 Unterstützerunterschriften gesammelt werden. Der Landtagspräsidentin stehen dann 6 Wochen Zeit zur Verfügung, um das Volksbegehren auf Zulässigkeit zu überprüfen. Wird die Zulässigkeit von ihr bestätigt, gilt es!! Nun müssen in 4 Monaten thüringenweit mindestens 180000 Unterschriften gesammelt werden.

Lässt die Landtagspräsidentin das Volksbegehren nicht zu, wird der Thüringer Verfassungsgerichtshof eingeschaltet.

Zur Unterstützung der Unterschriftensammlung können in den WKBs der Linken in Pößneck und Schleiz die Unterschriftsbögen abgeholt und später unterschrieben wieder abgegeben werden. Falls keine Möglichkeit besteht nach Pößneck zu kommen, bitten wir, uns telefonisch zu kontaktieren (03637/447914), um eine Lösung zu finden..

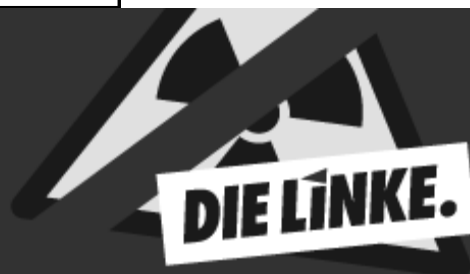
Barbara Hofmann

Termine		
09.07.2011 10.00 Uhr	Vortrag und Diskussion zum Thema „ Von Erfurt bis Erfurt - die Geschichte von Parteiprogrammen in der deutschen Arbeiterbewegung“ mit Jochen Traut	Pößneck / Klubraum der VS Jahnstraße
18.07.2011 17.00 Uhr	Kreisvorstandssitzung	Schleiz, Geschäftsstelle
21.07.2011	Linksaktiv	WKB Pößneck
06.08.2011	Demo gegen Nazikonzert	Gera
07.08.2011	Politischer Frühschoppen	Pößneck
11.08.2011 17.00 Uhr	Beratung Kreistagsfraktion	Schleiz, Geschäftsstelle
15.08.2011 17.00 Uhr	Kreisvorstandssitzung	Schleiz, Geschäftsstelle
17.8.2011	Linksaktiv	WKB Pößneck
22.08.-24.08.	12. Radtour des WKB Pößneck	
27.08.	Friedensfest der LINKEN Thüringen	Gera
01.09. 17.00 Uhr	Beratung Kreistagsfraktion	Schleiz, Geschäftsstelle
19.09.	Beratung Kreisvorstand gemeinsam mit den Vorsitzenden der Bo`s	Schleiz



**Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe**

**20.08.2011**



Impressum		
Herausgeber: DIE LINKE Saale-Orla- Kreis Nikolaipplatz 5 07907 Schleiz Telefon: 03663 422437 Fax: 03663 422273	E.- Mail: die-linke-sok@t-online.de Internet: www.die-linke-saaleorla.de Spendenkonto: Kreissparkasse Saale-Orla Kto.- Nr.: 54356 Blz.: 83050505	V. I. S. dP.: Evelin Schöpe / 07356 Bad Lobenstein , Richard- Köcherstr. 22 Beiträge/ Leserbriefe an: devina@kabelmail.de Alle Autoren arbeiten ohne Honorar. Abgedruckte Beiträge müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.